

Roten Kampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Freitag nachmittags. Bezugspreis bei Hausannahme 8,50 DM. Durch die Post monatlich 8,50 DM. ohne Zustellungsgebühr. Verlag: V. G. Schickelmeier, Berlin 14, Bernauer Str. 107. Größte 7-5 Uhr. Schriftleitung: Januar 1921. Sperrzeit 12-1 Uhr

Der Bezugspreis beträgt 70 Pf. für den Halbjahresbetrag, 200 Pf. für den Jahresbetrag, einschließlich des dem Belegten zugehörigen Postens. Ausgaben bei normalem 9 Uhr abend, größere tags vorher. - Verteilungsort: Leipzig 1038 St. Frau Rosa, Sells

Einzelpreis 50 Pf.

Mittwoch, den 14. Dezember 1921

1. Jahrgang, Nr. 292

Nach Athenaus Heimkehr.

Deutschland bietet gegenwärtig das außergewöhnliche Bild des wachsenden privaten Kapitalismus, während gleichzeitig der Staat beinahe bankrott ist. Und doch ist es der Staat, an dem wir uns wegen Befähigung der Reparationen zu halten haben. Der Druck und die Kontrolle, welche die Entente über den deutschen Staat ausübt, kann am Ende auch die deutschen Privatleute zwingen, ihrer Regierung zu Hilfe zu kommen. Zugunsten steht es aber so aus, als ob sie die verwerfliche Lage des Staats als einen Grund anzunehmen möchten, wegen dessen die Entente sie nicht in eine solche Notlage bringen soll. In diesem Land (England) scheint eine gewisse Neigung zu herrschen, den Beweggründen der deutschen Großindustrie zu glauben. In Frankreich besteht aber die Tendenz, ein Kontrollrecht über die Finanzen der deutschen Regierung aufzurichten, das jede Verschönerung in den Staatssachen verhindert und eine gerechte Bekämpfung der Hilfsquellen Deutschlands ermöglicht.

Diese Güte der „Times“ fassen den gegenwärtigen Stand der Reparationsfrage zusammen. Im Ausland weiß man sehr gut, wie kapitalistisch die deutsche Bourgeoisie ist und man meint, daß sie sich in der Lage ist, die Entente zu befriedigen. Aber wie die Dinge liegen, kann man sich nur an den deutschen Staat halten und man kann den deutschen Staat nur zwingen, die Steuerlasten stärker anzulegen. Und was die „Times“ nicht sagt, viele verheißene Bekämpfung trifft wesentlich nur die ärmere, arbeitende Bevölkerung Deutschlands, sie trifft nicht jene kleine Kapitalistenklasse, welche die Entente eigentlich feindlich sieht.

Die Entente oder nicht, enoche Anleihe für Deutschland oder nicht, das sind die viel erörterten Fragen des Augenblicks. Beide Fragen sind noch nicht beantwortet. Auch Herr Rathenau hat die Antwort nicht nach Berlin mitgebracht, trotz all der Wichtigkeit mit der interessierte Kreise ihn umstände. Die Entscheidung über die weitere Behandlung der Reparationsfrage wird erst in sehr verwickelten englisch-französischen Verhandlungen fallen, die noch bevorstehen. Zugunsten der Reparationsfrage in London, hat sich dort mit Lord George unterhalten und nebstbei auch Herrn Rathenau gesprochen. Vom 18. bis 19. Dezember wird Brand, einer Einladung des englischen Ministerpräsidenten folgend, auf dem Landhaus Lord Georges in Chequer weilen. Welche Entschlüsse dort und bei den sich anschließenden Konferenzen gefaßt werden, läßt sich noch nicht sagen. Aber eins ist schon jetzt ganz klar: Aus dem Stimmesfall der englisch-deutschen Verhandlung gegen Frankreich wird nichts. England ist mehr denn je entschlossen, es verbunden mit Frankreich auf die deutsche Frage zu behandeln. Dazu trägt auch die Entwidung der Washingtoner Konferenz bei, die in England und Frankreich zusammen zum Schlußfolger in den kommenden Streitigkeiten zwischen Amerika und Japan gemacht hat. England braucht die Franzosen für diese westpolitischen Auseinandersetzungen und kann sich mit ihnen nicht wegen Deutschland entzweien.

Die kommenden englisch-französischen Beschlüsse, ganz gleich, welche finanzpolitischen Formen sie haben werden, können unter den gegenwärtigen Verhältnissen für Deutschland keine Erleichterung bringen. Sondern die verheißene Ententekontrolle wird den deutschen Kapitalisten den Anlaß bieten, die Massen noch viel gemeiner auszunutzen, solange, bis das deutsche Proletariat sich aufrafft und durch Erfüllung der kapitalistischen Forderungen des allein leistet, was die Entente angeblich leisten will, aber doch niemals leisten wird.

Wo bleibt die Anklage gegen Ludendorff?

In seinem geliebten Reichartitel schreibt der „Vorwärts“:
Gaffen wir zusammen: Ständig umgeben von den drei Hauptkämpfern Vance, Pak und Schuyler, in dauernder Fühlung mit Kapp selber u. a. in seiner Korrespondenz bezieht durch die Nationale Bewegung, noch vor dem Aufbruch gemacht durch Herrn v. Bismarck, am 15. März morgens pünktlich am Brandenburger Tor, in allen Kabinettgesprächen zusammen, zum Schluß als ein vor Anfang an Eingeweiden, welcher zum Aufstehen beschworen — und noch immer kein Schwerveräter?

Nein, so laß und laßt es nämlich was es auszuweisen werden: der Generalquartiermeister der Entente, der sich Ludendorff als vollendetes Schwerveräter bezeichnet und ist ihm.

Damit stellt der „Vorwärts“ fest, was wir schon längst gefahren haben. Am 10. Dezember haben wir gefordert: „Die Vernehmung Ludendorffs vor dem Reichsgericht hat bewiesen, daß es das eigentliche Oberhaupt, der eigentliche Urheber des Rapp-Aufstandes gewesen ist...“

Die Beweise sind erbracht.
Wir fordern die sofortige Erhebung der Anklage wegen Hochverrats gegen Ludendorff und seine sofortige Verhaftung.

Der sozialdemokratische Justizminister Rabdruch hat es in der Hand, diese Maßnahmen zu veranlassen. Tut er es nicht, so sind entweder der „Vorwärts“ oder Rabdruch, oder beide blamiert.

Un die gesamte deutsche Arbeiterschaft!

An den ADGB, den Aabund, an die Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale

Werte Genossen!

Von der Vollversammlung der Groß-Berliner Betriebsräte am 23. November beauftragt, wenden wir uns an die oben genannten Instanzen mit der Aufforderung, in aller Eile einen allgemeinen deutschen Betriebsräte-Kongress einzuberufen. Am 1. Dezember erhielten wir alsdann eine schriftliche Antwort, die den den genannten Instanzen gleich in der Selbstkritik veröffentlicht wurde. Auf diese Antwort haben wir selbsten zu erwidern: 1. Wir begrüßen es sehr, daß die Instanzen der deutschen Arbeiterbewegung den Weg der öffentlichen Antwort beschritten haben und wünschen, daß im weiteren Meinungsaustausch dieser Briefe beibehalten wird.

2. Wir sind mit dem ADGB, dem Aabund und der Betriebsrätezentrale der Meinung, daß ein allgemeiner deutscher Betriebsräte-Kongress von den zuständigen Körperschaften der freien Gewerkschaften und der vom ersten Betriebsräte-Kongress zu diesem Zweck eingesetzten Betriebsrätezentrale einberufen werden muß. Aus diesem Grunde wendete sich die unterzeichnete Kommission im Auftrage der Berliner Betriebsräte an die genannten Körperschaften. Bei weiteren Aufträgen und bei uns befindet nun vornehmlich nicht die Möglichkeit, einen Betriebsräte-Kongress unter Umgehung der gerade Aufstellung der lebenden gewerkschaftlichen Instanzen zu veranstalten.

3. Wir halten es für unsere Pflicht, die Gründe darzulegen, die die Einberufung eines Betriebsräte-Kongresses erwiesen sollen:

a) Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland in der Nachkriegszeit ist immer heftiger, wie bei zunehmender Verschärfung der Konjunktur die Arbeitslosigkeit und Verarmung der Arbeiterschaft in steigendem Maße zunimmt. Die ArbeiterInnen sind der furchtbaren Ernährungs-Unterstützung nicht in der Lage, auch nur das nackte Leben zu retten. Selbst die Arbeitenden sind nicht mehr in der Lage, die notwendigen Lebensmittel und Bekleidungsartikel mit ihrem mehr als färglichen Lohne zu beschaffen. Die Verelendung der deutschen Arbeiter stimmt die denkbar grausamsten Formen an. b) Trotz der furchtbaren Stärkung der Arbeiterklasse, ihres politischen Einflusses in Reich, Staat und Gemeinde, sehen wir, wie die Kapitalistenklasse eine politische Manipulation mit der andere erobert, und sich heute fast ganz föhlt, an den Grundbedingungen der sozialen und politischen Organisationsformen des Proletariats zu rütteln. Die vorliegenden Gesetzentwürfe der Schlichtungsordnung (Arbeitsrecht), Arbeitszeitgesetz (Verlängerung des Arbeitsnennens) und die Maßnahmen zum Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, die gegen die Arbeiterklasse, erreichen wir. Die Presse der Großindustriellen hat bereits unheimlich angefangen, daß die weitere Klasse sei: Beteiligung der Arbeitlosenunterstützung usw.

c) Durch die Erfüllung der Forderungen und die sonstigen Verpflichtungen aus dem Kriegserbe entzündet Finanznot des Reiches bewirkt die Großindustrie und Hoffmann zu dem Zweck, das Reich, die Einzelstaaten und die Gemeinden wirtschaftlich und politisch ganz in ihre Hände zu bekommen.

d) Auch die Lohnkämpfe sind nicht mehr imstande, die fortschreitende Verelendung der Arbeiterschaft aufzuhalten. Eine Anzahl davon ist selbst in der jetzigen Hoffmannunterstützung verfallen (siehe Gehaltssteigerungen). Vom Kampf zu dem einzigen Mittel, den Kampf nicht nur zu gewinnen, sondern auch die Preisgestaltung, als Produktionskontrolle, zu führen. Das bedingt eine völlige Umwandlung der Löhne und Organisation aller Rämpfe, das bedingt die Aufstellung der wirtschaftlichen und politischen Forderungen, die letzten Endes Ziel und Ziel der Lohnkämpfe sein müssen, wenn nicht die Arbeiterklasse an ihren Organisationsformen verzweifeln soll.

e) Mitte Januar ist der weitere Termin der Zahlungseinstellung an die Entente. Die Großindustrie und Hoffmann hat bereits einen Schlussantrag als überwachende Behörde der Reichsregierung und der Reichsfinanzen eingelegt, der das Programm von Einnahmen vermindern soll. Die Steuererhöhungen im Steuerantrag (11. und 28. Ausmaß) haben weiter gezeigt, wie die finanziellen Verhältnisse der Arbeiterklasse und Hoffmann zu dem Zweck, die Großindustrie und Hoffmann die Rolle als den Retter Deutschlands spielen zu lassen. Diese Beratungen fanden unter der unerbittlichen Aufmerksamkeit der Arbeiterklasse statt.

Wie haben auf die Souveränität der Arbeiter, Anerkennung der Arbeiterbewegung und Bewegung des Privilegs der Reichenden auf Steuererhöhungen.

Die Diktatur der Bourgeoisie, ihre unerschöpfliche politische Macht, die vollkommene Schwäche des Proletariats als mitbestimmendes Subjekt im Staat, tritt am stärksten in Erscheinung in der Schwäche der Massenpolitik, die in Deutschland herrscht. Während Arbeiter unter Sandhungen aus vollkommener Notwendigkeit zu Leuten unter Zuständen und Reformen zusehen müssen, werden politische Verbrechen der Reichenden immer mehr nicht verurteilt, oder sie werden mit Freisprachen. Diese Zustände sind für die deutsche Arbeiterklasse unerbittlich geworden. Diese fünf Punkte erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Es sind hier aber ganz grob und primitiv die Gesichtspunkte formuliert, die die gesamte deutsche Arbeiterschaft aus ihren natürl. Lebensinteressen und aus Selbstbehauptungsinstinct heraus bewegen und erregen.

Die gegenwärtigen Gefahren, die das Proletariat bedrohen, lassen kurz vor ihrem Höhepunkt.
Ein hilfloses Zusehen und Gemütsruhe bedeutet das

größte Verbrechen an der deutschen Arbeiterschaft. Sie nicht führen in diesem Stadium heißt, die Leiden und Pläne der Kapitalistenklasse unterstützen und ihr zum Siege verhelfen. Aus diesem Grunde hat die organisierte Arbeiterschaft die Pflicht, unerbittlich zu handeln und den Zusammenbruch zu fördern.

Der ADGB, und der Aabund kann was wir diese Gefahren, die uns drohen und hat in vielen Konferenzen über diese Dinge verhandelt. Beide Körperschaften haben wiederholt in Substantiven Forderungen erhoben, die geeignet und bestimmt sind, den herrschenden Zuständen und den drohenden Gefahren zu steuern. Jetzt soll wieder bei der ADGB, und Aabund sehr Forderungen aufgestellt, die bei ihrer Erfüllung die Ziele der Einnahme und Konjunktur vermindern würden und die Arbeiterschaft die notwendigen wirtschaftlichen und sozialen Schritte bringen.

Was wir müssen uns diese Forderungen, wenn sie nicht erfüllt werden?

Was müßte es uns, wenn nichts unternommen wird, an die Forderungen zu erfüllen?

Es heißt daher nicht nur, Forderungen formulieren, damit es ausreicht, als wolle man was tun, sondern es heißt: neben der Forderung auch die Mittel und Wege zu zeigen, wie diese Forderungen erfüllt werden!

Die Arbeiter lassen sich nicht auf die Dauer mit leeren Versprechungen abspielen.

Die Forderungen des ADGB, und des Aa lassen sich nur erfüllen, wenn hinter den Spigen der Organisation die lebendige Kraft des werktätigen Volkes steht. Diese Massen werden repräsentiert durch die von ihnen gewählten Vertreter im Produktionsprozeß, an der Arbeiterschaft, durch die Betriebsräte.

Die Forderungen des ADGB, können nur erfüllt werden durch die direkte Mitwirkung und durch die aktive Teilnahme der Betriebsräte, wie der gesamten Arbeiterschaft.

Welche Gründe führen nun der ADGB, und die Aa ins Feld, die sie bestimmen, den Kongress nicht einzuberufen?

a) Man könne den Kongress nicht dauernd bestimmen belassen. Wir glauben, daß daran niemand gedacht hat und es erscheint uns ganz rätselhaft, wie man zu einer solchen Entscheidung kommt. Wir glauben, daß dieses Argument von den Sekretären selbst nicht ernst genommen wurde.

b) Der Kongress könne auch nur beraten und Resolutionen annehmen, sonst weiter nichts tun. Der Kongress kann nur unterer Instanz ist mehr tun:

1. Er kann die Massen für die gemeinsamen Rämpfe mobilisieren, durch eine planmäßige und energische Kampagne in den Betrieben für die Forderungen des Kongresses.

2. Unterstützung eines einheitlichen Kampflinies, der alle parlamentarischen und außerparlamentarischen Mittel einsetzt, die erforderlich sind, um die Forderungen des Proletariats durchzusetzen, u. a. Ausarbeitung der zehn Punkte des ADGB in Gelektrore-Lagen, die Verpflichtung der Arbeiterparteien und der sozialdemokratischen Minister für die Vertretung dieser Forderungen im Parlament und Reichstag.

3. Fortsetzung der Erhaltung der Gehalt- und Sachverhalte durch eine Erweiterung der Rechte der Betriebsräte als Kontrollorgane der Arbeiterschaft.

Für einen solchen Kongress seien nicht die notwendigen Geldmittel vorhanden, bzw. die Kosten seien zu hoch und können in keinem Verhältnis zu den Erfolgen.

Wir glauben, daß dieses Argument das laienheimeigste ist. Welche großen Aufgaben der Kongress lösen soll, haben wir oben dargestellt. Wir glauben, daß diese Aufgaben zu hoch sind. Wir nehmen an, daß der ADGB, und Aa mit der Meinung sind, daß die Mittel doch auch für die da sind, die die Mittel aufbringen. Wir glauben, daß diese Hinweise genügen, um auch dieses Argument zu entkräften.

Die Presse der Großindustrie hat klar erkannt, als leider die Instanzen, die sich gegen die Einberufung eines Betriebsräte-Kongresses gemacht haben. Es ist ihnen die „Tägliche Rundschau“ auf die Wichtigkeit von den Beratungen der Konferenz am 21. November, daß die Einberufung eines Betriebsräte-Kongresses bedeutet, daß die Gewerkschaften und die Arbeiter eine Lebensregierung bilden wollen, das bedeutet die Diktatur der Arbeiter. Die Diktatur des Einnahmes führt die Diktatur der Arbeiter. Wir sprechen es aus, was die Diktatur des Einnahmes kann nur gebrochen werden durch die Aufhebung der Einheitsfront der Arbeiterklasse, die präsentiert wird durch den einmütigen Willen und durch das gleichzeitige und einmütige Handeln aller Arbeiter, durch die Betriebsräte als Ausführgorgane des Arbeiterwillens.

Aus den angeführten Gründen erklären wir folgendes:

1. Dem ADGB, und dem Aabund fordern wir erneut die Einberufung eines allgemeinen deutschen Betriebsräte-Kongresses in aller Eile.

Von der Groß-Berliner Betriebsrätezentrale fordern wir die sofortige Einberufung eines Betriebsräte-Kongresses in der Leitung der Groß-Berliner Betriebsräte, dem wir über unsere Tätigkeit Bericht erstatten können und der über die weitere zu unternehmenden Schritte beraten und beschließen soll.

2. Von den Gewerkschaftsleitungen, den Organen der Gewerkschaften, den örtlichen Betriebsrätezentralen, den Betriebsräten in allen Betrieben und allen Beschäftigten der Betriebe fordern wir sofortige Stellungnahme zu unseren Forderungen.

Wir bitten alle diese Glieder der Arbeiterbewegung, ihre Entschlüsse und Beschlüsse in dieser Angelegenheit an den VDSB, an den Vorstand und an unsere Kommission einzubringen.

Arbeiter, handelt, ehe es zu spät ist.
Berlin, den 10. Dezember 1921.

Die Kommission:

Liese und Ego, SED, Pfeil und Schmidt, USPD,

Krause und Kollmann, SPD.

Adresse des Vorsitzenden Louis Pfeil,

Allgemeine Krankenanstalt,

Köpenicker Straße 80-82.

Die Männer ermordet, die Familien verhöhnt

Anfrage der SPD-Fraktion im Thüringer Landtag

Weimar, 13. Dezember.

In der heutigen Sitzung des Thüringer Landtages wurde von der kommunistischen Fraktion folgende kleine Anfrage eingebracht:

Die Familien der am 25. März 1920 bei Wehrstedt von den Marburger Studenten Göbel, Engelbrecht, Jahn, Kraus, Seehäfer, Schäfer, Koch, Weidemann, Wolff, Lange erschossenen Arbeiter leben unter bitterster Not. Die ihnen bisher gewährte Unterstützung von monatlich 100 Mark ist angesichts der Preisverhältnisse von heute nicht als ein Hof auf die Not der ihrer Ernährer bedürftigen Frauen und Kinder. Ein Antrag auf Erhöhung dieser Unterstützung wurde von dem Gemeinderat von Bad Nauheim abgelehnt. Aber auch bei dem Bezug der höchstzulässigen Unterstützung waren die Frauen der erschossenen Arbeiter den anderen Beschäftigten und Hinterbliebenen sogar an Schicksal grenzenloser Schandhaftigkeit ausgegliedert. Sie mühten das Geld bei denselben Bürgermeistern abholen, unter dessen Mitwirkung ihre Männer den Marburger Studenten übergeben waren, und kamen daher aus behäuflichen Wohnungen mit ihm nicht heraus. Am 1. August wurde ihnen plötzlich die Unterstützung entzogen, und es bedurfte erst nach mehrwöchiger Verzögerung des Eingreifens des damaligen Innenministers, damit sie ihnen wieder ausgehändigt wurde.

Wie fragen deshalb:
Was gebietet die Thüringer Regierung zu tun, um die unglücklichen Opfer des reaktionären Mordkomplotts vor dem gänzlichen Verelenden zu schützen?
Ist sie bereit, die Unterstützung in der Weise zu ordnen, daß den Frauen weitere Demütigungen erspart werden?

Verhärterung der Strafreife in Berlin

Berlin, 12. Dezember. Der Tagesschau erklärte den Hochbehälter als Tarifrück und unterlag die Strafreife. — Ein Einigungsversuch des Demobilisationskommissars im Heeres- und Marineamt ist mißlungen. Die Strafreife hat sich verhärtet. Die großen Geschäftsbahnen sind ohne genügende Licht- und Heizungsvorrichtungen.

Der lächerliche Landtag schließt die Kommunifität

Dresden, 14. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Der lächerliche Landtag hat am Dienstag feine Anträge über die Staatsverfassung der Gewerkschaften, Landtag, Ellrod und Oberst gegen die bürgerlichen Stimmen abgelehnt.

Gebirgswang ohne Gnade

In Vertretung des Württembergischen Landtages warnte der Justizminister vor einer zu starken, gleichmäßigen Betonung der Eingaben in Sachen des Gnadenrechts und gab Anstalten für die Bekämpfung der Haltung des Justizministeriums in Angelegenheiten der freiwilligen sozialen und wirtschaftlichen Hilfe. Gnadenbewerger in den überhandnehmenden Straßensachen werden ausnahmslos abgelehnt, auch wenn die Gerichte für Gnade eintreten.
Es ist empörend, welche Gleichgültigkeit sich in dieser kurzen Meldung ausdrückt. In der letzten Zeit sind von Gerichten und Polizei eine Vielzahl an arme Verelendeten verurteilt. Hunderte von Frauen werden unter Antikörper gestellt und verurteilt, weil sie sich wegen des Gebirgswangs aufheben. Die Not ist in manchen Familien so groß, daß auch die Mütter des Arzels, das sie fassen, als zu hart empfinden und die Verurteilung der Gnade des Justizministers empfinden. Der Justizminister aber ist unerfüllbar.

Gegen den Wachtwucher für Pächterschaft

Die kommunifistische Fraktion im Preussischen Landtag stellte folgenden Antrag:
Der Landtag wolle beschließen:
Das Staatsministerium wird beauftragt, die Pächterschaftsordnung nach der Richtung hin auszubauen, daß die Pächterschaftsordnung von den Pächtern ohne Zustimmung des Kleinrentners nicht vorgenommen werden dürfen.
b) Die Pächterschaft unter Mitwirkung der Kleinrentnersorganisationen schließt sich werden dürfen.
Aufgaben der Kleinrentner wird es sein ihre Organisationen zu veranlassen, sich hinter diese Forderungen zu stellen und mit allem Nachdruck für ihre Durchführung einzusetzen.

„Die stillen Teilhaber“

Leipzig, 12. Dezember. Die Frauen, die am 6. Verhandlungstag auszuweichen, brachten wohl neue Einzelzüge in das Bild, das sich in wesentlichen nicht verändert. Der Kopf schon Herr Kretzer, der am 2. zum Zeugnis, als er die Angeklagten als Hilfe Teilhaber am Kopf-Schuldigen an den Sitzungen des Kapitulantenbesitzes.
Die stillen Teilhaber sind wichtiger als je bemerkt, ihre politische Grundhaltung dem Gerichtes flauschig zu machen. Es häufen sich im föhigen die Zeugenaussagen, die darauf gerichtet sind, den Kopf-Kretzer als schuldig und grob zu zeigen.
Die stillen Teilhaber sind wichtig. Man will die drei Angeklagten für den Angeklagten herausheben. Was dann geschieht, wird die Kamera später ausrechnen. Man ist kein Zweifel, daß im Kopf-Schuldigen eine Reihe von Entwürfen aufzuweisen, wie sie in dieser Sitzung schon schon und auch schon früher ist, daß die Kapitulanten vom Regierungssinn verstanden, wie ein Zeitungsbefehlshaber von der Wirtschaftlichkeit. Und da die bureaukratische Maschine, die sonst im parlamentarischen System an Stelle der Minister zu setzen pflegt, nicht weiter tief gehen ließe auf dem Land.
Doch hier ist, daß der Kopf eine außerordentlich ernsthafte Anwesenheit war, mit den weiteren Zielen in seine Geleit und von hervorragenden Vertretern der Bourgeoisie begünstigt und unterstützt.
Was die Reichsgerichtsverhandlung zu einer inaktiven Komödie begründet, ist die Tatsache, daß sich die Unterstützung nur auf die Berliner Geisteswelt erstreckt, daß die Folgen des Kampfes, die die kämpfenden Arbeiter und Arbeiterinnen nur in den tatsächlichen Entschlüssen der Regierung in der Entscheidung treten.
Man wird noch weitere Fragen hören die nächsten Tage — viel Neues wird nicht mehr zum Vorschein kommen.

Betriebsräte-Kongress in Thüringen

Auf das stürmische Verlangen der Thüringer Arbeiterschaft haben sich die dortigen Gewerkschaften zu einem Betriebsräte-Kongress für Großbetriebe einberufen. Dieser fand am 11. Dezember in Erfurt statt. Wie überall, so verlief auch hier die Gewerkschaftsbureautraie schon bei der Auffüllung der Tagesordnung dem Kongress von seiner eigentlichen Aufgabe ablenken. Der Kongress wurde der hiesigen Reichsregierung in Erfurt gestellt, der in seinen Ausführungen das Hauptgewicht auf die geplante Schaffung der Betriebsräte legte, über die Durchführung der 10 Forderungen des VDSB, aber sehr wenig zu sagen mußte. Das es aber den Leitern des Kongresses nicht so leicht war, die Delegierten in ihrem Sinne zu beeinflussen, zeigte der heftige Widerspruch, den der Referent vielfach fand und erst recht die Zustimmung über einen von den kommunistischen Delegierten eingebrachten Antrag. Dieser hatte den Zweck, die von den Arbeitern erlangte Einheitsfront des Proletariats in die Tat umzusetzen. Er lautet: Antrag.

Zur Ausführung der Beschlüsse des Thüringer Betriebsräte-Kongresses wird ein provisorischer Arbeiterrat für Großbetriebe gebildet. Dieser setzt sich zusammen aus: neun Betriebsräten, die auf dem Kongress gewählt werden, vier Vertretern der Gewerkschaften, darunter ein Vertreter der Verflechtung der Gewerkschaften.
Die Vertreter werden bestimmt von den Gewerkschaften Thüringens unter besonderer Berücksichtigung der wichtigsten Industriezweige, einen Vertreter der Konsumgenossenschaft Thüringens, einen Vertreter der Arbeitervereine Thüringens, einen Vertreter jeder der drei Arbeitervereine.
Der Arbeiterrat wird beauftragt, in der ersten Hälfte des Jahres 1922 einen zweiten Betriebsräte-Kongress einzuberufen und die notwendigen Vorarbeiten zu leisten. Sollten die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse die Einberufung des Kongresses nicht vor diesem Zeitpunkt notwendig machen, so muß diese auf Antrag von mindestens zehn Betriebsratsvorsitzenden geschehen.

Der Antrag wurde mit 81 gegen 78 Stimmen abgelehnt. Hätten sich an der Abstimmung nur aus den Betrieben gewählte Delegierte und keine Parteivertreter beteiligt, dann wäre der Antrag angenommen worden. Doch das ist unglücklich. Die Ursache ist, daß auf die Hälfte der Arbeiter sich zu der Erkenntnis durchsetzen konnten, daß andere Wege eingeschlagen werden müssen, um im nächsten Jahreskongress vorwärts zu kommen. Die schnelle Mehrheit von drei Stimmen ist in der Tat ein Vorzeichen für die Gewerkschaftsführer und ein erfolgversprechender Hinweis zur Weiterarbeit für unsere Genossen.

Der Gipfel der Gemeinheit

„Der erste Zug muß blutig sein.“
(Sprecher von Sipo-Oberst Josef Romm.)
„Das Los der Gelangenen aus dem Mägenstand ist furchtbar.“ Hell und, den Dornen des grenzenlosen Verzugs eine kleine Veranschaulichung an den Tisch legen.
(Im Einverständnis mit dem Parteivorstand der Redaktion des „Vorwärts“ am 11. 12. 21.)

Die Mordbeute der SPD, vom Januar 1919, die Taten des im Kapitulationsprozeß als Junge amnestierten Arbeiterführers Klose, alles was an gemeinen Verbrechen, an Morden, Entlohnungen, Verbrechen, die die Kommunifität schreien ist, wird neuerlich aufgeführt durch die unerhörte Gemeinheit, die aus dem Sontagsauftritt des „Vorwärts“ in fernen Zeiten dem Proletariat ins Gesicht geschleudert wird. Wie typischer Freiheit, die selbst bei der Partei der Mordbrüder, des Kampfes, noch überleben, magt man, für die hinter die Fingerringe, die sich nicht als Kommunifität eine Gehulmung aus politischer Heuchelei und Parteinteressen auszuwirken.

Wenn das Zentralorgan einer Partei, die durch eine blutige Revolute Regierungspartei wurde, der gleichwertigen Revolutionären mit dem Gebot der Gleichheit entgegentritt, so ist das unerhörlich. Wenn die Partei des inhumanen, der Klose Kapitulanten verurteilt wird, so ist das ein dummes Trick. Wenn die Partei Gevoring-Richter-Förderung, die den mittelständlichen Arbeiteraufstand ausgenutzt, provoziert und blutig unterdrückt hat, über die misshandelten Arbeiter spricht, so ist das schändlich. Wenn aber die Gewerkschaften, Arbeiter und Arbeitermörder, die ministeriellen Dientboten und Geschäftsleiter der Partei, die sich nicht mit dem Blut der ehemaligen Kampfgenossen, es wagen, für die Opfer ihrer eigenen Gruppeliebe Gelder zu sammeln, so ist das niederträchtig, gemeinlich, bewußte Heuchelei. Man stelle sich an der Spitze einer Kommunistischen Partei Klose für die Familien der ermordeten Arbeiter 50 Mark, seine für die Hinterbliebenen der durch seine Verräterei, auf der Front der Erschlagenen 75 Mark, Justizminister Klose für die von ihm nicht amnestierten 100 Mark, S. J. für die Opfer jeder Massaktion 30 Mark — höher geht's nimmer!
Nun liegt die Funktionäre der Ministerien in die Betriebe kommen, um zu sammeln, dann werden die Arbeiter aller Parteien ihnen die richtige Antwort nicht schuldig bleiben!

Galopparbeit im Reichstage

Mit einer nahezu drei Seiten füllenden Tagesordnung nahm der Reichstag nach etwa dreiwöchiger Pause seine Beratungen wieder auf. Mit einer ganzen Reihe von kleinen Anträgen fing er an. Darunter befanden sich auch zwei kommunifistische Anträge, die die Durchsetzung des Lohnvertrages durch das Unternehmertum zum Gegenstand haben. Der erste besag sich um ein Gesetz, das die Leipziger Buchdruckerbesitzer an das zünftige Gewerkschaftsamt geband und in dem sie gefordert hat, es solle ihnen ganz generell pro Arbeiter und Woche bis zu 10 Wochenstunden zu gestellt werden. Die Regierung antwortete, der Gewerkschaftsbesitzer habe die allgemeine Erlaubnis zu Überstunden verlangt und dem einzelnen Unternehmer an Hand gestellt, in jedem Einzelfalle die erforderliche Genehmigung für Überstunden einzuholen. Die zweite Anfrage bezieht sich auf Entlohnungen des Schiffsverkehrs des Landesverkehrs und des Eisenverkehrs in Streit in einem Falle freier Überleitung des Überstundenlohns. Die Regierung antwortete, es sei Aufgabe der Gerichte, die Gesetze auszuliegen. Ihr selbst hätte keine Möglichkeit des Einschreitens zu den richterlichen Entscheidungen.

Ein demokratischer Interpellation über die Finanznot der Gemeinde wird von der Regierung in der geschäftsmäßigsten Weise beantwortet werden. Ein Gesetzentwurf zur Änderung der Pensionsbestimmungen für Röhre und Gehälter wurde ebenfalls dem Reichstagsausschuß übergeben. Inmitten fand ohne Debatte ein Gesetzentwurf über die Zulassung von Frauen in den Bergbau und über die Abgeltung von Ansprüchen gegen das Reich. Nummer fünf war der erste Entwurf zur Änderung des Kaufmanns- und Gewerbebesitzgesetzes. Die

Vorlage will den Frauen jetzt drei Jahre nach der Revolution, endlich auch das passive Wahlrecht zu diesen Gerichten einräumen. Frau Joch von den Unabhängigen nannte diese Forderung nicht ohne Grund ist. Für die kommunifistische Fraktion sprach der Reichstagsausschuß über die politische Beteiligung. Gleichgültig über die starke Kritik an der neuen Gesetzgebung des Paragraphen 31 des Gesetzes, die die allgemeine Zulassung von Frauenbetreibern von Unternehmern und Arbeitervereinigungen bei diesen sozialen Gerichten auspricht. Denn diese Bestimmung lautet in der Praxis auf eine einseitige Bevorzugung des Unternehmertums hinaus, das in der Lage ist sich vor den Gerichten durch juristisch vorgeliebte Personen vertreten zu lassen, während die Arbeiter der Trübs dieser Leute hilflos gegenüberstehen. Demgegenüber muß geordert werden, daß gerade den wirtschaftlich Schwachen ein stärkerer Schutz als bisher zuteil werde. Genosse Koenen machte sich ferner mit allem Nachdruck gegen die ebenfalls in diesem Entwurf vorgesehene Erhöhung der Gerichtskosten. Wenn eine kollektive Rechtspflege am Plage sei, so in allererster Linie bei den Kaufmanns- und Gewerbebetreibern. Denn Gerichtskosten werden in der Regel mit finanzieller Strenge eingezogen und können nicht selten zur Sinnabfuhr der Betroffenen in das Hungerproletariat. Die kommunifistische Fraktion nimmt das Aufschubberatung zu und werde dabei verfahren, eine arbeitervereindliche Stellung des Gesetzes zu finden. Ein Gesetzentwurf betreffend die Abhebung von Zoll- und Steuerleistungen aus der Kriegs- und Nachkriegszeit, wurde ebenfalls in den 2. Staatsausschuß übergeben. Die erste Beratung eines Gesetzentwurfes über die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Ausschussrat. Alle übrigen Parteien einschließlich der Sozialdemokraten hielten die Frage für zu unwichtig, daß sie auch hier auf eine Debatte verzichteten. Die kommunifistische Fraktion hat die Bedeutung des Gesetzes und schickte den Genossen Koenen als ihren Sprecher vor. Dieser führte aus:

Auf der Grundlage des unzulänglichen Betriebsratsgesetzes soll noch ein unzulänglicheres Gesetz über die Entsendung von Arbeitern in den Ausschussrat der großen Gewerkschaften beschlossen werden. Der Rahmen dieses Gesetzes ist viel zu eng gezogen. In ihm ist mit keinem Wort die Rede von einer Möglichkeit der Produktionskontrolle durch die Arbeiter. Diesen Arbeiterausschüssen wird lediglich das Recht, Wünsche an die Arbeitgeber zu richten, überlassen. Der Unternehmer braucht die Wünsche seines Deut zu kümmern. Wir Kommunisten machen die erste Forderungsmethode nicht mit. Wir werden verfahren im sozialpolitischen Ausmaß dem Gesetz ein ganz anderes Aussehen, einen ganz anderen Inhalt zu geben. Die Sozialdemokraten sind in den Ausschüssen der großen Gewerkschaften, die die Interessen ihrer Regierungsmänner als das geeignet ist ein Einverständnis auf dem Wege der Produktionskontrolle zu finden. Denn ohne Kontrolle der Produktion gelangen wir nicht zu einer wirklichen Lösung. Der wirtschaftsrechtliche Arbeitsgesetzentwurf sieht fast als einseitig an. Man wird die Interessen des Kapitals zu vertreten. Wir fordern ja die Praxis bereits von den Betriebsräten her, die die häufig haben mühen bereiten lassen, um die Preis- und Profitpolitik des Kapitals zu fördern. Dem werden wir durch eine andere Forderung entgegen zu verfahren. Aber trotz ihrer vielen Unzulänglichkeiten ist das Gesetz auch noch in anderer Hinsicht eine vollkommene Halbheit. Es schließt alle Arbeiter aus Betriebsbetrieben und geschlossenen Handlungsgesellschaften von einer Vertretung in der Leitung dieser Betriebe aus. Auch hier muß gründlich Wandel geschaffen werden. Die Bestimmungen über die Vertretung der Arbeiter in den Ausschüssen der großen Gewerkschaften, die die Interessen der Arbeiter und Angestellten. Wir werden uns diesen neuen Vertretungsverhältnissen mit allen Mitteln widersetzen, besonders in dieser Zeit, wo die geschlossene Front aller Kopf- und Handarbeiterschaften für die Arbeiter eine historische Bedeutung hat. Wir verweigern der Gesetzgebung den Arbeitern jeden Einfluß auf ihre zu Aufständischen bestimmten Kommanden. Wir fordern daher mit allem Nachdruck, das jedwergliche Vorkaufsrecht der Arbeiter. Das Gesetz behält aus Pöbeln und ist nicht als soziale Politik. Wenn es nicht geändert, es ist unzulänglich, ungenügend, werden wir es im Interesse der Arbeiter zurückweisen müssen, damit später ein besseres Gesetz an seine Stelle treten kann.

Das Budget und die Sozialdemokraten, die sich auskennen, als es für einen Antritt der großen Gewerkschaften, die die Interessen des Kapitals zu vertreten. Wir fordern ja die Praxis bereits von den Betriebsräten her, die die häufig haben mühen bereiten lassen, um die Preis- und Profitpolitik des Kapitals zu fördern. Dem werden wir durch eine andere Forderung entgegen zu verfahren. Aber trotz ihrer vielen Unzulänglichkeiten ist das Gesetz auch noch in anderer Hinsicht eine vollkommene Halbheit. Es schließt alle Arbeiter aus Betriebsbetrieben und geschlossenen Handlungsgesellschaften von einer Vertretung in der Leitung dieser Betriebe aus. Auch hier muß gründlich Wandel geschaffen werden. Die Bestimmungen über die Vertretung der Arbeiter in den Ausschüssen der großen Gewerkschaften, die die Interessen der Arbeiter und Angestellten. Wir werden uns diesen neuen Vertretungsverhältnissen mit allen Mitteln widersetzen, besonders in dieser Zeit, wo die geschlossene Front aller Kopf- und Handarbeiterschaften für die Arbeiter eine historische Bedeutung hat. Wir verweigern der Gesetzgebung den Arbeitern jeden Einfluß auf ihre zu Aufständischen bestimmten Kommanden. Wir fordern daher mit allem Nachdruck, das jedwergliche Vorkaufsrecht der Arbeiter. Das Gesetz behält aus Pöbeln und ist nicht als soziale Politik. Wenn es nicht geändert, es ist unzulänglich, ungenügend, werden wir es im Interesse der Arbeiter zurückweisen müssen, damit später ein besseres Gesetz an seine Stelle treten kann.

Hier wurde die Sitzung abgebrochen und auf heute Mittwoch, 2 Uhr, vertagt. Eine eilende Tagesordnung wart wieder der Geplagten Reichstagen. Die Wirtschaftsdebatte wird ebenfalls ihre Fortsetzung finden, wo Genosse Fritz Abtrottung halten wird mit dem durch die Sozialparteiern.

Erneute Steuerabgabe

Der zweite Staatsausschuß befaßte sich am gestrigen Dienstag mit der ersten Lesung eines Gesetzes zur Änderung der Kopf- und Einkommensteuer. Der Entwurf hat in großen Kreisen von allgemeinem Aufsehen das frühere Gesetz überändert, erhöht aber unter Wegfall auf die bisherigen Zuschläge den allgemeinen Steuersatz von 10 auf 20 Prozent. Einmal und Heftigkeit begann wieder ihren alten Kampf um die „Erhaltung“ der Annullen der Steuern, welche die Steuererhebung durch die Arbeiterklasse zu verhindern. Die Wiederherstellung des alten Gesetzes, das nicht das steuerbare Einkommen schließt, sondern nur die ausgeschütteten Dividenden der Steuer unterwirft. Die Demokraten waren, wie immer, wenn es um Beliebigkeiten geht, vollständig einverstanden. Ein Gesetzentwurf über die Erteilung von Steuern im Falle der Abwehrschwierigkeiten zu veranlassen. Der unabhängige Sachverständige der Vorlage der Regierung. Die Steuerpartei führt wieder eine Sozialisierung und Kommunifizierung von Wirtschaftsbetrieben von hinterher den Krügen an, indem sie forderten, daß die großen Betriebe, die der Reichsregierung Gemeinbesitz übergeben, zur Arbeiterführung herangezogen seien. Es gelang aber diesen allgemeinen Angriff nicht, eine Stimme Mehrheit abzuschlagen. Dagegen konnte nicht verhindert werden, daß die radikalen Sozialisten, indem sie bannmächtige Gesetze treiben, zur Rückwärtsbewegung der Arbeiterbewegung zu veranlassen. Die Sozialisten, die den 2. Teil erfolgen, deren Ergebnis am Ende der Gemeinbesitz des Zentrums noch zweifelhaft ist.

K. P. D.

Kommunistische Partei Deutschlands.

Veröffentlichung für Halle-Merseburg.

Personen und Adressen: Verbandsleitung 14, Berliner 1473, Schloßstraße 14, Halle; Parteibüro 1473, Schloßstraße 14, Halle; Parteibüro 1473, Schloßstraße 14, Halle; Parteibüro 1473, Schloßstraße 14, Halle.

Veranstaltungen.

Ortsgruppe Halle.
 Person: Verbandsleitung 14, Berliner 1473, Schloßstraße 14, Halle; Parteibüro 1473, Schloßstraße 14, Halle; Parteibüro 1473, Schloßstraße 14, Halle; Parteibüro 1473, Schloßstraße 14, Halle.

12. Parteitag. Freitag, den 16. Dezember, abends 8 Uhr, im Saal des „Vereins der Arbeiterinnen“.

13. Parteitag. Samstag, den 17. Dezember, abends 8 Uhr, im Saal des „Vereins der Arbeiterinnen“.

14. Parteitag. Sonntag, den 18. Dezember, abends 8 Uhr, im Saal des „Vereins der Arbeiterinnen“.

15. Parteitag. Montag, den 19. Dezember, abends 8 Uhr, im Saal des „Vereins der Arbeiterinnen“.

16. Parteitag. Dienstag, den 20. Dezember, abends 8 Uhr, im Saal des „Vereins der Arbeiterinnen“.

17. Parteitag. Mittwoch, den 21. Dezember, abends 8 Uhr, im Saal des „Vereins der Arbeiterinnen“.

18. Parteitag. Donnerstag, den 22. Dezember, abends 8 Uhr, im Saal des „Vereins der Arbeiterinnen“.

19. Parteitag. Freitag, den 23. Dezember, abends 8 Uhr, im Saal des „Vereins der Arbeiterinnen“.

20. Parteitag. Samstag, den 24. Dezember, abends 8 Uhr, im Saal des „Vereins der Arbeiterinnen“.

21. Parteitag. Sonntag, den 25. Dezember, abends 8 Uhr, im Saal des „Vereins der Arbeiterinnen“.

22. Parteitag. Montag, den 26. Dezember, abends 8 Uhr, im Saal des „Vereins der Arbeiterinnen“.

23. Parteitag. Dienstag, den 27. Dezember, abends 8 Uhr, im Saal des „Vereins der Arbeiterinnen“.

24. Parteitag. Mittwoch, den 28. Dezember, abends 8 Uhr, im Saal des „Vereins der Arbeiterinnen“.

25. Parteitag. Donnerstag, den 29. Dezember, abends 8 Uhr, im Saal des „Vereins der Arbeiterinnen“.

26. Parteitag. Freitag, den 30. Dezember, abends 8 Uhr, im Saal des „Vereins der Arbeiterinnen“.

27. Parteitag. Samstag, den 31. Dezember, abends 8 Uhr, im Saal des „Vereins der Arbeiterinnen“.

28. Parteitag. Sonntag, den 1. Januar 1921, abends 8 Uhr, im Saal des „Vereins der Arbeiterinnen“.

29. Parteitag. Montag, den 2. Januar 1921, abends 8 Uhr, im Saal des „Vereins der Arbeiterinnen“.

30. Parteitag. Dienstag, den 3. Januar 1921, abends 8 Uhr, im Saal des „Vereins der Arbeiterinnen“.

31. Parteitag. Mittwoch, den 4. Januar 1921, abends 8 Uhr, im Saal des „Vereins der Arbeiterinnen“.

32. Parteitag. Donnerstag, den 5. Januar 1921, abends 8 Uhr, im Saal des „Vereins der Arbeiterinnen“.

33. Parteitag. Freitag, den 6. Januar 1921, abends 8 Uhr, im Saal des „Vereins der Arbeiterinnen“.

34. Parteitag. Samstag, den 7. Januar 1921, abends 8 Uhr, im Saal des „Vereins der Arbeiterinnen“.

35. Parteitag. Sonntag, den 8. Januar 1921, abends 8 Uhr, im Saal des „Vereins der Arbeiterinnen“.

Wollen Sie Kindern altes Spielwarenlager

Für Mädchen		Für Knaben	
Knackmännchen	6,85 3,65	Kugeln	3,85 2,85
Silbafallen	4,95 2,95	Reißlein	9,85 7,85
Suppenbäbel	11,85 8,85	Gelbfalten	19,85 7,95
Ballfänger	5,95 4,45	Kollwagen	5,50 3,95
Suppenbäbel	15,85 6,85	Trampeln	2,85 1,95
Afiken	12,85 7,85	Kollwagen	25,85 13,85
Suppen	5,85 3,95	Möbelwagen	50,50 29,85
Niddertüte	4,65 2,95	Möbelküche	15,85 19,85
Stofftiere	19,85 7,85	Möbelwagen	4,65 3,95
Kaffeeleiter	1,95 1,50		

R.S.D. 4578
Ortsgruppe Halle.
 Dienstag, den 20. Dezember 1921, im kleinen Saal des „Vereins der Arbeiterinnen“.
Weihnachts-Feier.
 Alle Eltern und Freunde der proletarischen Jugendbewegung sind hierzu eingeladen.
 Eintritt 2 Stk. Beginn 7 Uhr.

„Reichshof“ - Schönnewitz
 Haltestelle der Straßenbahnlinie 9.
Empfehle meinen Parfett- und Vereinszimmer Familien und Vereinen zur freundlichen Benutzung. 1400
 Am 28. und 31. Dezember (Silvester), sowie 1. Januar 1922 noch frei.
 H. Rede, Gastwirt.

Lichtspiele Nieferitz.
 Die beiden Vorlesungen vom vorigen Dienstag - Donnerstag für heute, den 18. bis 20. Dezember, um 15.12. Beide Teile sind auch fortgesetzt gehalten für jeden neuen Besucher 1. Quart. Welche Vorlesung - Freitag: Die Gammeldrone 2. Teil mit Quart. 2. Teil in der Hauptrolle 2. Napoleon und die kleine Wälderin 2. Teil mit Ellen Richter in der Hauptrolle. Anfang der Vorstellung 8 Uhr. 141

Frau Meisterin
 was kosten die Herrenschuhe zu beschaffen?
85,00 Mark.
 Machen Sie Ihren Herren, von heute an kosten: Herrenschuhe zu beschaffen mit Absatz 68,00 Mk. Damenohrgehör zu beschaffen mit Absatz 52,00 Mk. Kinderohrgehör zu beschaffen. m. Absatz 16 - 45,00 Mk. und wenn der Preis nicht paßt, na, da mach' ich sie noch billiger. Die Hauptfache ist die, für bringt recht viel nach der

Ersten Wittenberger Schneltheater-Anstalt
Herrn Krömer,
 Schloßstr. 1. jetzt Hof rechts. 142

Jeder muß taunnen!!

Alles muß antreten!
 Für nur 6 Mark erwerben Sie Ihre Mitgliedschaft. Durch diesen Beitrag können Sie Waren im Werte bis zu 2000 Mark erhalten.

Was erhalten Sie dafür
 1 Herren- oder Damenrad, Lederhose für Herren oder Damen, Hausgeräte aller Art, Gebrauchsartikel für den Haushalt usw.

Berandhaus Krömer, Wittenberg (Bez. Halle), Schloßstraße 1.
 Bitte diesen Abschnitt mit deutlicher Adresse einzulassen.

Name: _____
 Ort: _____
 Straße: _____

Stadt-Theater.
 Donnerstag, den 15. Dez. 1921, nachmittags 3 Uhr.
 Weibensünden-Vorstellung der aufstrebenden Freien.
Dornröschen
 Mädchen in 1. Akt. Bühnen.
 Freitag nachmittags:
Dornröschen.
 Freitag abends: 4577
 Die Zeit wird kommen.

Operetten-Theater
 am Riebeckpark (Herrn 61183)
 Direktion: W. H. Schar.
 Am Sonntag, den 17. Dez., täglich, abends 7 1/2 Uhr:
„Pascouille“
 Operette in 3 Akten von G. Offenbach.
 Musik von Walter Prome.
 Sonntag, den 18. Dezember, nachmittags 3 Uhr:
„Pascouille“, 1455
 Mittwoch, den 20. Dezember, nachmittags 3 Uhr:
„Der Stempel“
 Singspiel in 3 Akten von Oscar Strauß.
 Musik von Julius Meißler.
 (Großes Singspiel).
 Vorverkauf: Täglich von 10 bis 1 Uhr und ab 5 Uhr nachm. an der Theaterkasse im Neubau des Theaters.

III. Gesellschaftskonzert
 W. Krammer, Direktor.
 Freitag, den 16. Dez. 1921, abends 8 Uhr.
 Eintrittspreise 4 - 14 Mk.
 Plakoneur frei. 1451

Walförbe.
 Billig und gut 1407
 Korbgeläch. Tischl. 1408
 Gelbgelände.

Billigste Bezugsquelle
 für
 Leinwandwaren, Stoffe,
 Isolate, Klebmaterialien.
„König“
 1428

Theater-Café Mansfelderhof
 Täglich
Künstler-Konzerte.
 Nachmittags 4-6 Uhr. - Abends 8-12 Uhr.
 Ausgelübt vom Künstler-Ver. 34

Beder Schönlilge Billiges
 Angenehmer Aufenthalt.
 Direktor H. W. Meth.

Stedten. Gasthof zur Sonne.
 Sonntag, den 18. Dezember 1921, nachmittags 3 Uhr:
Preis-Stattournier.
 1440 Es ladet freundlich ein Louis Franke.

Zum großen Butterfabrik
 Große Knausstraße 1, am Markt.
Lafelmargarine frische Ware **22,-**
 Pfund
Bainbutter 28,-
 1 Pfund-Zeile
Palmin 12,50
 1 Pfund-Zeile
Mandel 1/2 oder bitter 1/4 Pfund 12,50
Mandel-Gras 1/2 oder bitter 1/4 Pfund 5,50
Neue Korinthen 5,50
Neue Rosinen 5,50
Neue Sultaninen 8,75
Ernst Weinhold,
 Gr. Knausstraße 1, am Markt. 4582

Sehen erziehen!
Der
Tafelkalender der K.P.D. 1922
 1400
 Da er darf keine guten Zusammenstellung ein wertvolles Nachschlagewerk ist, sollte jeder Genosse Käufer sein. Preis 5,- 1400
 Bestellungen erlösen wir an die Ausstatter des „Kriegslamp“ und an unsere Filialen:
Halle: Volksbuchhandlung, Burg 42/44.
Merseburg: Markt 7.
Eisleben: Breiter Weg.
Zeitz: Bismarckstr. 4.
Weißenfels: Dammstr. 18
 oder direkt an die
Produktiv-Gesellschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H.
 Abteilung: Bezirks-Zentralbuchhandlung, F. Halle (Saale), Verbergselstraße 14.

Günstig für Gastwirte!
Ein Pöken 30 Bg. - Zigaretten
Zigaretten zu alten Preisen
H. Hennicke, Königsstraße 5.
 Kantabaf, solange Vorrat, Halle 3,00.

Geschlechtsleiden
 und ihre Behandlung durch unerschöpfliche langjährige Heilversuche ohne Entzündung und ohne Preiszahlung. Bei frühen und verzögerten Leiden. Kostlos. Sofortige mit Anwendung zur Selbstbehandlung und vielen Dankschreiben werden dabei gegen Mitt. 2.- Dr. Z. F. Haneiser, med. Verlag, Hannover, Dorothea 3.

„König“
 1428

„König“
 1428

„König“
 1428

„König“
 1428

Glühlampen,
Lafelmargarine,
Korngeläch, Tischl.,
Gelbgelände.

Reparaturen
an Ihren
Gold- und
Silbergegenständen
 werden in größter
 Eile und zu billigen
 Preisen ausgeführt.
H. Hennicke, 1421
Ulrichs-Str. 14, Halle
Dr. Steinbock
 (gegenüber dem Postamt)

„König“
 1428

„König“
 1428

„König“
 1428

„König“
 1428

„König“
 1428

„König“
 1428

Sowjet-Rußland
 im Bild
 ist eine illustrierte Zeitschrift, deren Keimzelle für die Hungertage in Rußland bestimmt ist.
 Kraft od. besteht ein Teil beim Zeitungsausträger und 3/4 werden dann häuslich geliefert.
Preis 1 Mark.
 Schriftliche Bestellungen erlösen wir an die Ausstatter des „Kriegslamp“ und an unsere Filialen:
Halle: Volksbuchhandlung, Burg 42/44.
Merseburg: Markt 7.
Eisleben: Breiter Weg.
Zeitz: Bismarckstr. 4.
Weißenfels: Dammstr. 18
 oder direkt an die
Produktiv-Gesellschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H.
 Abteilung: Bezirks-Zentralbuchhandlung, F. Halle (Saale), Verbergselstraße 14.
 Von Donnerstag früh an geht ein großer Transport **prima Bremer Läufer- und großer Fütterhweine**
 billig zum Verkauf. 4575
D. Bruchhardt,
 BrotstraÙe 4, Telefon 3560.

